

Damit die Schweiz Schweiz bleibt

Interview mit alt Bundesrat Christoph Blocher, Präsident des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt»

Der Bundesrat hat für 2017 «entscheidende Schritte» im Blick auf neue vertragliche Regelungen zwischen der Schweiz und der EU angekündigt. Wie beurteilen Sie, Herr Blocher, die EU-Politik des Bundesrats?

Die EU verlangte 2012 von der Schweiz, dass sie sich institutionell an sie bindet. Leider hat die Mehrheit des Bundesrates und des Parlamentes einer solchen «institutionellen Anbindung» zugestimmt. Bis heute hat der Bundesrat die Anbindung noch nicht verabschiedet. Er scheut die bevorstehende Volksabstimmung und rätselt: Wie sag ich's meinem Kinde?

Hat der Bundesrat also Angst vor einer Volksabstimmung?

Ja, zu Recht! Denn die Schweiz müsste sich künftig – ohne selbst bestimmen zu können – fremden Gesetzen und fremden Richtern unterwerfen, und würde so faktisch Mitglied der EU. Dasselbe wollte man schon mit dem EWR/EG-Vertrag 1992, den Volk und Stände verworfen haben. Zum Glück: Darum ist die Schweiz heute nicht Mitglied der EU. Passen wir auf, dass es nicht schleichend geschieht.

Ihre Gegner behaupten, es wisse noch niemand, was in diesem Rahmenvertrag überhaupt stehen wird.

Es steht fest: Die Schweiz soll erstens mit diesem Rahmenvertrag

künftig von der EU beschlossene Gesetze und fremde Richter akzeptieren. Die Schweiz müsste zu allen Sachbereichen, die zwischen der Schweiz und der EU geregelt sind, fortan das dazu von der EU allein beschlossene Folgerecht automatisch – ohne jede Schweizer

das Gericht der EU, dessen Urteil unanfechtbar ist, würde über die Schweiz entscheiden. Würden wir uns drittens weigern, ein Urteil des EU-Gerichtshofs gegen die Schweiz zu übernehmen, hätte die EU ein Recht auf Sanktionen, also auf Strafmassnahmen gegen die Schweiz.



Christoph Blocher: «Die Schweiz muss ihren eigenständigen Handlungsspielraum bewahren.»

Mitbestimmung – übernehmen. Die Schweiz verlöre damit in wichtigsten Fragen wie Einwanderung, Verkehrspolitik, Energiepolitik, Landwirtschaftspolitik und vielem mehr ihr Selbstbestimmungsrecht. Ergäben sich zweitens aus der Auslegung von Verträgen Meinungsverschiedenheiten, dann müsste sich die Schweiz dem Urteil des EU-Gerichtshofs unterziehen. D.h.

Wie lautet Ihre Gesamtbeurteilung des Rahmenvertrags?

Ein solcher Vertrag würde der Schweiz die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung rauben. Er erniedrigt die Schweiz zum Untertanenland der EU. Das ist eines freien Volkes unwürdig!

Was sagen Sie zum Vorwurf, Sie würden mit Ihrem kategorischen

Nein zum Rahmenvertrag der Schweiz den Zugang zum EU-Binnenmarkt verbauen.

Ich bin stets als Exportunternehmer tätig gewesen. Unsere Familienunternehmen exportieren über 90 % – davon etwa die Hälfte in die EU. Wir haben unsere Produkte stets verkauft, weil dies gute, schweizerische Produkte sind. Der Zugang zum EU-Binnenmarkt beruht im Wesentlichen auf dem schon 1972 abgeschlossenen Freihandelsvertrag. Dieser funktioniert gut, wie alle immer bestätigen. Zusätzlich gelten die Vereinbarungen mit der Welthandelsorganisation WTO. Sie schützen die Schweiz vor Diskriminierung. Das weiss auch die EU. Auch sie will den Freihandelsvertrag nicht gefährden, da die Schweiz ein interessanter Handelspartner ist.

Wie soll das Verhältnis zwischen der Schweiz und Europa aus Ihrer Sicht ausgestaltet werden?

Mit allen Staaten der Welt – und so auch mit den europäischen Staaten – ein freundschaftliches Verhältnis auf dem Boden der dauernden Neutralität und der Selbstbestimmung pflegen! Die ausgeprägt exportorientierte Schweiz soll eigenständig ihre Interessen wahrnehmen, sie unterstützt friedliche Beziehungen und Anstrengungen zur Erleichterung des Handelsaustauschs. Das bringt Freiheit und Frieden!



Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt

www.eu-no.ch

Sinnvolle Beziehungen statt Anbindung an die EU

Verstärken und unterstützen Sie das Komitee «Nein zum schleichenden EU Beitritt» und tragen Sie dazu bei, eine verhängnisvolle Anbindung an die EU zu verhindern (www.eu-no.ch):

- Ich werde Mitglied.
- Senden Sie mir einen Einzahlungsschein.
- Ich möchte zunächst Unterlagen des Komitees studieren. Senden Sie mir Informationen zu.

Name:	Vorname:
Strasse / Nr.:	
PLZ:	Wohnort:
E-Mail:	

✂ Talon ausfüllen und senden an: Überparteiliches Komitee «Nein zum schleichenden EU-Beitritt», Postfach 54, 8416 Flaach, E-Mail: info@eu-no.ch, Postkonto: 85-126820-7, www.eu-no.ch